

Binningen wehrt sich gegen Lärm

SÜDANFLÜGE / Der Binninger Gemeinderat fordert eine Einschränkung der Südanflüge auf den Euro Airport Basel-Mülhausen. Die Gemeinde erwägt rechtliche Schritte gegen Bund und Kanton.

VON MATTHIAS MÜLLER

BINNINGEN. Die Nähe zur Stadt, ein attraktiver Steuersatz und die ruhige Lage machen Binningen zu einer der attraktivsten Gemeinden des Kantons. Dass die Ruhe mit dem geplanten Instrumentenlandesystem (ILS) empfindlich gestört werden könnte, sorgt in der Bevölkerung für «grosse Angst und Verunsicherung», so Gemeindepräsident Charles Simon an der gestrigen Medienorientierung. Entsprechend energisch sind die Forderungen der Binninger Politiker an Bund und Kanton. Sie verlangen, dass das ILS nur angewendet wird, wenn dies auch wirklich nötig ist. In der Absichtserklärung des Bundesamts für Zivilluftfahrt (Bazl) mit der französischen Luftfahrtbehörde DGAC ist der Einsatz des ILS und damit Anflüge über Binningen bei bis zu 12 Prozent aller Landungen vorgesehen.

Gemeinderätin Agathe Schuler betonte dagegen, dass aus meteorologischen Gründen höchstens vier Prozent aller Anflüge aus südlicher Richtung erfolgen müssten. Denn «der Einsatz des ILS ist erst ab einer Windstärke von zehn Knoten nötig», wie ihr Aero-Suisse-Präsident Paul Kurrus bestätigt habe. Und nicht, wie es das Bazl in seinem Entwurf vorsieht, bereits ab fünf Knoten. Teilweise ist diese Diskrepanz mit Missverständnissen erklärbar. Das Bazl meint mit den fünf Knoten die durchschnittliche Windstärke, wogegen Kurrus wohl vom Spitzenwert ausgeht.

Weiterwill Binningen, dass die Nachtruhe «strikt eingehalten wird», so Schuler. Zwischen 22 und 7 Uhr dürfte der Euro Airport demnach nicht mehr angefliegen werden. Der Kanton müsse zudem dafür sorgen, dass seine Stellungnahme zuhanden der französischen Behörden in deren Sprache ein-

gereicht wird. Sollte auf diese Forderungen nicht eingegangen werden, erwägt Binningen rechtliche Schritte. Denn die von der Gemeinde engagierten Juristen kommen zum Schluss, dass die vom Bazl mit der französischen Seite ausgehandelte Absichtserklärung sowohl gegen die Verfassung wie auch gegen geltendes Recht verstösst.

Häufigere Südanflüge erhöhen das Risiko

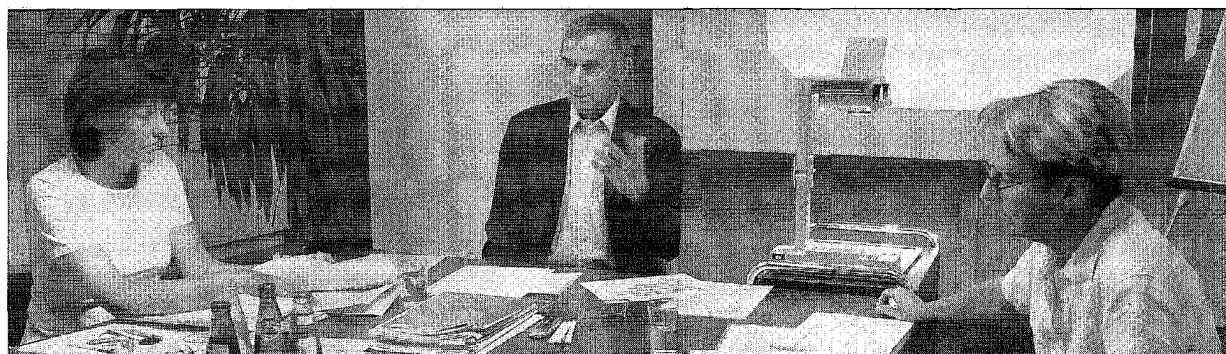
Einerseits wird bezweifelt, dass das Bazl überhaupt über die Kompetenz verfügt, entsprechende Vereinbarungen zu signieren. Andererseits klagt Binningen, dass die im eidgenössischen Raumplanungsgesetz vorgesehene Mitsprache der Bevölkerung nicht gewährt wurde. Simon wollte zwar Sinn und Zweck des ILS nicht grundsätzlich in Frage stellen, denn der Instrumentenanflug bringe für die einzelnen Flieger tatsächlich mehr Sicherheit. Mit häufigeren Südanflügen setze man sich aber einem «Klumpenrisiko» aus: Sollte trotz allem ein Flugzeug abstürzen, wären in einem Gebiet mit rund 70 000 Einwohnern deutlich mehr Opfer zu erwarten, als dies anderswo der Fall wäre.



Forderungen an Bund und Kanton

- Beschränkung der Südanflüge auf vier Prozent aller Landungen;
- Die Umstellung von Nord- auf Südanflüge erfolgt nur, wenn die Windstärke 10 Knoten übersteigt;
- Allgemeines Nachtflugverbot zwischen 22 und 7 Uhr;
- Der Gleitwinkel darf höchstens 3,5 Grad betragen, so dass die Flugzeuge

- möglichst hoch über Binningen hinweg fliegen;
- Die kantonale Stellungnahme zu den Anliegen der französischen Behörden wird in deren Sprache verfasst;
- Die Prüfung der vereinbarten Flüge erfolgt jährlich. Zudem sollen auf einer Homepage alle Südanflüge und die Lärmbelastung erfasst werden. (mm)



WIDERSTAND. Die Gemeinde Binningen will die Pläne von Bund und Kanton nicht widerstandslos hinnehmen. Die stellvertretende Gemeindeverwalterin Petra Oppliger, Gemeindepräsident Charles Simon und Gemeinderätin Agathe Schulz präsentierten gestern ihren Forderungskatalog. FOTO ZIMMER